

Nachbetrachtungen

Naziaufmarsch und Gegenaktionen am 2. Dezember 2006 – Kommunale Möglichkeiten? Eine politische Strategie von Regenbogen gegen Rechts ist nicht zu erkennen

13.12.2006 Über 2000 Menschen sollen laut Medien am 2. Dezember in Augsburg gegen einen Nazi-Aufmarsch demonstriert haben, was leider übertrieben ist. Während die Kundgebung unterhalb des Rathauses mit 1500 Teilnehmern weit überschätzt wurde, wurde die Antifa-Demo von Polizei und Medien notorisch auf 250 reduziert, obwohl hier über 600 Teilnehmer *gezählt* wurden.

OB Wengert und der SPD-Vorsitzende Paula als Organisatoren der Kundgebung am unteren Rathausplatz zeigten sich erfreut über das „breite“ Bündnis aus Parteien, Organisationen, Vereinen und Kirchen, die ihrem Aufruf gefolgt seien und „ein Zeichen gegen rechts gesetzt“ hätten. Sie hielten die Breite des Bündnisses der „Anständigen“ für einmalig in der Nachkriegszeit. Das ist schon insofern anmaßend, als sie das Antifaschistische Aktionsbündnis einfach ausklammern bei dieser Betrachtung, obwohl dieses Bündnis wesentlich agiler war als die abgestandene Versammlung von Verfassungspatrioten am Elias-Holl-Platz. Außerdem gab es zahlreiche, weit größere Aktionen gegen rechts in der Vergangenheit. Eine lange Liste von Unterzeichnern des Aufrufs des Bündnisses für Menschenwürde ist noch kein Ersatz für eine große Beteiligung. Im Gegenteil, angesichts der imposanten Unterstützerliste, die Paula präsentieren konnte, wirkt die faktische Beteiligung eher lächerlich wenig.

Allerdings war der Aufruf des Bündnisses für Menschenwürde politisch miserabel und die Mobilisierung daher eher schwach. Vor allem wurden die Teilnehmer am Elias-Holl-Platz fernab vom Schauplatz der Nazikundgebung gehalten, die gleichzeitig am Stadttheater stattfand. So muss es kommen, wenn der SPD-Vorsitzende in Alleinregie formuliert und mobilisiert im Namen eines Bündnisses für Menschenwürde, das als Bündnis gar nicht handelte sondern einfach von der SPD instrumentalisiert wurde. Und OB Wengert, der dieses Vorgehen mit Heinz Paula abgekartet hat, kann nun ermessen, was es bringt, wenn der OB zwar für eine richtige Sache auf die Pauke haut, aber in Form eines eigenartigen Bündnisses der „Anständigen“, womit viele nicht-bürgerliche Kräfte ausgeschlossen sind und auch die Gewerkschaften und Migranten eigentlich nur halbherzig mitmachen können.

Es ist schon eine Zumutung von Heinz Paula, das Bündnis für das Ziel antreten zu lassen, „den kommenden deutschen Geschlechtern die Segnungen des Friedens, der Menschlichkeit und des Rechts dauernd zu sichern“. ¹ Dass bereits die Nazis „die eigenvölkische Art der kommenden deutschen Geschlechter“ propagierten, hat die VVN in einem offenen Brief bereits aufgedeckt. ²

Sieht man einmal von den „kommenden deutschen Geschlechtern“ im Aufruf des Bündnisses für Menschenwürde ab – es könnte sich ja um die gedankenlose Übernahme eines Relikts aus der bayerischen Verfassung handeln, die so nicht gemeint ist – so bleiben z.B. die „Segnungen des Friedens“. Im Aufruf-Text von Heinz Paula gibt es kein aktives Verhältnis zum Frieden, sondern man wird in Bayern der „Segnungen des Friedens“ teilhaftig. Und wer wird teilhaftig? Nach Auffassung frommer Kreise können diese „Segnungen“ alle haben, die

¹ s. den Bericht der VVN über den Naziaufmarsch mit den Aufrufen und einem Pressespiegel http://www.vvn-augsburg.de/2_archiv/061202naziaufmarsch/index.htm

² http://www.vvn-augsburg.de/2_archiv/061202naziaufmarsch/20061126Offener%20Brief.pdf

das Evangelium Jesu Christi wirklich annehmen und danach leben. Man muss also nicht aktiv für den Frieden eintreten, um diese „Segnung“ zu erhalten, man *soll* gar nicht selbst in diese Richtung handeln.

Was können wir nun tun, um diese Segnungen des Friedens, der Hoffnung und der Weisung zu erhalten? Laut frommer, christlicher Kreise ist dazu dreierlei nötig: Erstens: Vollkommenes Vertrauen in den Plan des heiligen Vaters und in die Rolle Jesu in diesem Plan. Zweitens: Der Grundsatz des mutigen Gehorsams, das Bestreben, nach den Lehren Jesu zu leben. Drittens: Man müsse lernen, auf die Stimme des Heiligen Geistes zu hören...

Der christliche, bayerische Untertan mag dadurch „Frieden“ fühlen, vielleicht auch Sozialdemokraten vom Schlage Paula's. Aber Gewerkschafter, Migranten und viele andere sind da wohl nicht so dabei.

Warum fährt die SPD diesen Kurs? Zum einen sicher aus gnadenloser Profilierungssucht angesichts bevorstehender Kommunal- und Landtagswahlen. Zum anderen scheint der Verlauf der Aktionseinheit vor zwei Jahren gegen den Naziaufmarsch am 9. Okt. 2004 nicht zur Zufriedenheit der Sozialdemokraten gelaufen zu sein. Zu stark mischten ein antifaschistisches Aktionsbündnis, das Forum solidarisches und friedliches Augsburg und die VVN im Vorfeld mit, in öffentlichen Verhandlungen bei ver.di wurde die Stadtverwaltung kritisiert, sie würde den Nazis unnötigen Spielraum geben und drücke sich um ein Verbot bzw. scharfe Auflagen. In diesen Verhandlungen, zu denen das Bündnis für Menschenwürde seinerzeit eingeladen hatte, wurde von einem breiten Teilnehmerkreis festgelegt, eine Kundgebung mit dem OB durchzuführen, die Antifa-Demo zu unterstützen und die Stadtverwaltung aufzufordern, die Veranstaltung der Rechtsextremen zu verbieten.³

Das war schon damals zuviel für Paula und seinen Adjutanten Gerlinger, sie brachen alle Vereinbarungen bis auf die Kundgebung mit dem OB. Diesmal hatten sich die Strategen der SPD wohl im Vorfeld schon gedacht, es gar nicht mehr so weit kommen zu lassen. Darum gab es auch keinerlei Verhandlungen mehr. Es gab eine Kommandoaktion von Paula und Wengert, der man sich anschließen konnte oder nicht.

Dennoch muss man zugeben, dass die Kundgebung am Elias-Holl-Platz auch Ergebnisse hatte, die beachtlich sind.⁴ Das ist zum einen die Tatsache, dass der OB massiv für ein NPD-Verbot eintrat. Daran wäre MdB Heinz Paula vielleicht bei Gelegenheit zu erinnern. Das ist zum anderen die Tatsache, dass der Präsident des FCA, Walter Seinsch, eine antifaschistische Rede hielt, was nicht hoch genug einzuschätzen ist angesichts der beunruhigenden Vorgänge in vielen Fußballstadien. Was viele nicht wissen, ist dass Walter Seinsch es ernst meint, wenn er auf der Kundgebung eine offene Auseinandersetzung mit rechter Problematik und deren Ursachen fordert. Er tut dies nicht nur über seine Stiftung „Erinnerung“ durch Förderung antifaschistischer Literatur und Forschung. Er tut das auch aktiv bei FCA-Spielen, wie der Bericht im Kasten über „Exilio zu Gast beim FC Augsburg“ zeigt.⁵

³ Das Bündnis für Menschenwürde hat am 1. Oktober zu einer Beratung bei und mit ver.di eingeladen. Vertreter von Gewerkschaften, Parteien, der ev. Kirche, des Forums solidarisches und friedliches Augsburg, der VVN und des Bund für Geistesfreiheit sowie Einzelpersonen sind dort übereingekommen,

- am 9. Oktober eine Kundgebung gegen Rechts zwischen 12.30 und 13.30 Uhr auf dem Rathausplatz durchzuführen, auf der auch der OB sprechen soll
- Die Demonstration des Bündnisses gegen den Naziaufmarsch zu unterstützen (ab 9 Uhr Theodor-Heuß-Platz)
- die Stadtverwaltung aufzufordern, im Namen der Menschenwürde aller in der Stadt lebenden Bevölkerungsgruppen und des Schutzes der Jugend, die Veranstaltung der Rechtsextremisten zu verbieten...

http://www.forumaugsburg.de/s_3themen/Antifa/040927_no-aufmarsch/index2.htm

⁴ s. hierzu auch Berichte Augsburg-Schwaben Nr. 25/2006 S.2 http://www.berichte.org/daten/bas25_2006.pdf

⁵ <http://www.exilio.de/pdf/infopunkt22.pdf>

Tore für exilio

Exilio zu Gast beim FC Augsburg

Einen Auftritt der ganz besonderen Art hatten die Mitarbeiter von exilio am 1. Mai 2004 im Rahmen des Bundesligaspiels FC Augsburg gegen den FC Bayern München. Unter dem Motto „Gegen Rassismus und Diskriminierung im Fußball“ wurde in der Halbzeitpause ein Aufruf zur Unterstützung von exilio verlesen. An den Eingängen übernahmen die jüngsten Fußballprofis, die F-Jugend des FC Augsburg, die Verteilung von Informationsmaterial von exilio.

Der Fußballverein, dessen Vorsitzender Walter Seinsch mit seiner Stiftung „Erinnerung“ auf jahrzehntelange Erfahrungen im Bereich der Vergangenheitsbewältigung und Aufklärungsarbeit zurückblickt, kam mit dieser Aktion auch dem Zehn-Punkte-Plan der UEFA nach. Die Vereinigung hat im Februar 2004 auf die bedauerlichen Tendenzen unter europäischen Fußballfans reagiert und will mit diesem Programm das Bewusstsein von Vereinen, Spielern und Fans schärfen, um Rassismus und Diskriminierung zu bekämpfen.



Für den UEFA-Präsidenten Lennart Johansson und den Generaldirektor Gerhard Aigner ist das Problem des Rassismus ein wichtiges Thema für die europäische Fußballfamilie und das generelle Ansehen des Fußballs: „Natürlich ist Rassismus bei den Spielen ein trauriges Spiegelbild unserer Gesellschaft, aber da der Fußball auf unserem Kontinent so in der Öffent-

lichkeit steht, haben wir eine besondere Verantwortung, um Schritte zu seiner Bekämpfung in Gegenwart und Zukunft einzuleiten.“ Wir danken dem FC Augsburg – vor allem aber Herrn Seinsch – für ihr Engagement für exilio und hoffen auf weitere gemeinsame Aktionen, die für mehr Solidarität und Verständnis für Flüchtlinge werben.

Erst heuer hat das DFB-Präsidium einen Kreis von Persönlichkeiten benannt, der künftig den Preisträger für den Julius-Hirsch-Preis ermitteln wird. Der mit 20.000 Euro dotierte Preis erinnert an den siebenmaligen deutschen Nationalspieler Julius Hirsch, der als Jude im Konzentrationslager Auschwitz ermordet wurde. Im Mai dieses Jahres wurde Walter Seinsch als ständiges Mitglied in die Jury für den Julius-Hirsch-Preis berufen.⁶ Ebenfalls heuer trat die Stiftung Erinnerung Walter Seinsch u.a. zusammen mit dem Rosa-Luxemburg-Bildungswerk Hamburg und dem Hans-Böckler-Stiftung - Solidaritätsfonds, Düsseldorf als Förderer der Fotoausstellung „Nur die Sterne waren wie gestern“ über Henryk Mandelbaum, Häftling des Sonderkommando in Auschwitz 1944/45 auf.⁷

Leider waren die Funktionäre, Repräsentanten etc. aber auch viele, die sich für das Motto „Augsburg – friedlich und tolerant“ engagieren wollten, am Elias-Holl-Platz fernab vom Geschehen und die Antifaschisten, vor allem die Jugend ganz wo anders. Die Antifaschisten mobilisierten bald soviel Leute wie das Prominentenbündnis der „Anständigen“. Und man wollte man was tun gegen die Nazis in der Stadt, wie der Name Antifaschistisches Aktionsbündnis schon sagt. Und man tat auch was – im Rahmen dessen, was durch die Vorgaben von Ordnungsamt und Polizei möglich war.

⁶ <http://mag.fussball-forum.de/2251/dfb-verleiht-julius-hirsch-preis>

⁷ <http://www.lernen-aus-der-geschichte.de/?site=ne20060530121937&lp=de>

Die Möglichkeiten der Antifaschisten waren von vornherein sehr eingeschränkt durch die Ordnungsbehörde. Die genehmigte Route vom Theodor-Heuss-Platz zum Moritzplatz und zurück war schon eine leichte Frechheit. Ein anderes Kapitel war die Zwischenkundgebung selber, wo sich überwiegend Parteienvertreter in Szene setzten. Und zwar von Parteien wie PDS, Jusos und MLPD, die in der Regel sonst am Ort nicht aktiv sind, jedenfalls nicht in der antifaschistischen Szene und auch sonst in keiner Initiative mitarbeiten.

Dennoch war der kurze Marsch durch die Innenstadt beeindruckend, jung und wuchtig. Vor dem Stadttheater bekamen die Faschisten dann die Wut der Antifaschisten zu spüren, und das war sicher der politisch wichtigste Teil an diesem Tage. Ohne massiven Polizeischutz hätten die Nazis sich nicht halten können vor dem Stadttheater oder sonst wo. Zu vermerken ist, dass sich vor dem Stadttheater auch der städtische Umweltreferent Schaller aktiv unter der antifaschistischen Jugend zeigte ⁸, was dem OB oder Heinz Paula auch ganz gut angestanden hätte.

Allerdings fällt eine Gesamtbilanz – auch unter der jungen Antifa – sehr gemischt aus. ⁹ Eine massive Polizeipräsenz sollte einschüchtern und jede aktive Handlung gegen die Nazis im Ansatz unterbinden. So gab es 16 Festnahmen, ausschließlich von Antifaschisten – während hinter dem Rathaus das Hohe Lied auf Polizei und Justiz gesungen wurde. Die Polizei wurde von antifaschistischen Teilnehmern am Stadttheater als gereizt und aggressiv bezeichnet, bereit jederzeit gegen Antifaschisten vorzugehen. Die Polizei betrachtet ihr Konzept, die Allmacht des Staates lückenlos durchzusetzen, als aufgegangen. ¹⁰

Man muss nun auch davon sprechen, dass diese Profilierung der Staatsmacht den Nazis Spielraum gab. Das ging schon mit der Zuweisung des Prinzregentenplatzes statt des Bahnhofs als Aufmarschplatz an. Der Ordnungsreferent Kirchner (SPD) persönlich wies den Nazis also die frühere Gestapo-Zentrale zu. Er wies ihnen auch das Stadttheater zu, das ebenfalls nationalsozialistisch belastet ist. ¹¹ Die Nazis schienen die Kulisse des Stadttheaters offensichtlich zu genießen, standen in geordneten Reihen stramm und schwenkten stundenlang ihre Fahnen. Die gesamte Kreuzung am Kennedyplatz wurde über zwei Stunden lang gesperrt für die Nazis, einschließlich des öffentlichen Nahverkehrs. Den Nazis wurde erlaubt ihre Kundgebung und ihren Aufmarsch auf fast fünf Stunden auszudehnen! Am Ende wurde der komplette Hauptbahnhof für die Nazis abgeriegelt.

Die Stadtzeitung, nicht aber die Augsburgische Allgemeine, berichtete von scharfem Protest des Intendanten des Stadttheaters Ulrich Peters: „Er ist sauer auf die Stadt Augsburg, weil sein Theater zur Kulisse für den NPD-Aufmarsch wurde. „Ein ziemlich starkes Stück. Und eine völlige Missachtung unserer Arbeit, das ist ein Hohn.““ ¹² Angeblich hat der OB veranlasst, dass das große Transparent am Theater herausgehängt wird mit der Friedenstaube und der Aufschrift: „Hier arbeiten Künstler aus 23 verschiedenen Nationen friedlich zusammen“. Mit einem so unspezifischen Transparent, das sich gar nicht direkt auf die Naziaktion bezog und schon Wochen hier hätte hängen können, läßt sich jedenfalls die unselige Entscheidung, die Nazis vor die Theaterfassade zu leiten, nicht wettmachen. Es geschah aber noch Schlimmeres: Aktiver Protest der Beschäftigten des Theaters, der im ersten Stock an allen Fenstern, zum Ausdruck gebracht wurde, wurde unterbunden: Die Polizei räumte. Dies ist einer von

⁸ im Bild s. <http://www.blogsburg.de/?p=304>

⁹ s. den Bericht bei Indymedia mit den Ergänzungen <http://de.indymedia.org/2006/12/163519.shtml>

¹⁰ Das Einsatzkonzept der Augsburgischen Polizei, das auch konsequente Vorkontrollen auf Straßen bzw. Bahnhöfen und null Toleranz gegen Straftäter beinhaltet, ist voll aufgegangen. Die Augsburgischen Einsatzkräfte wurden dabei von starken Kräften der Bereitschaftspolizei und der Bundespolizei unterstützt. Auch ein Polizeihubschrauber wurde nach Auflösung des anfänglich starken Nebels eingesetzt.

<http://www.polizei.bayern.de/schwaben/augsburg/news/presse/aktuell/index.html/28713>

¹¹ s. hierzu den virtuellen Stadtrundgang der VVN, in dem in Kapitel 2 das Stadttheater und in Kapitel 10 das Gestapo-Hauptquartier behandelt wird http://www.vvn-augsburg.de/4_stadtrundgang/index.htm

¹² Stadtzeitung 6.12.2006

mehreren widerlichen Skandalen, die die Polizeiführung und das städtische Ordnungsreferat zu verantworten haben.

Wegen anhaltender Kritik an der Linie der Stadt gab der Ordnungsreferent und zweiter Bürgermeister Klaus Kirchner eine Presseerklärung heraus mit dem Titel „Nie da gewesenes Bündnis gegen Rechts – Bürgermeister weist Kritik an Platz vor dem Theater als Kundgebungsort zurück“. ¹³ Dabei äußerte Kirchner erstens, dass die „Sicherheit“ Priorität gehabt habe und zweitens, dass er Angst gehabt hätte, die Nazis würden doch an der Synagoge vorbei zum Königsplatz marschieren. ¹⁴ Diese Erklärung Kirchners ist so dürftig wie erbärmlich. Kirchner glaubt, wenn er „Sicherheits“interessen vorschützt, habe er ein unschlagbares Argument. Mit ähnlichen – nicht näher begründeten, diffusen – „Sicherheits“interessen untersagte er am 19.11 (Volkstrauertag) eine von der VVN/BdA Augsburg mitgetragene Mahnwache an der Gedenktafel am ehemaligen Gestapogefängnis „Katzenstadel“. Kirchner scheint auch zu glauben, die Stadt habe letztlich keine Handhabe, einen Naziaufmarsch an der Synagoge vorbei zu untersagen. Wir sind also schon wieder so weit, dass die Nazis zugewiesene Kundgebungsplätze ablehnen können (Park bei der Stadtbücherei/Schaezlerstraße) und bei Vorgesprächen drohen können: wenn wir nicht am Theater aufmarschieren dürfen wie anno 1937, dann nehmen wir uns eben die Synagoge vor und randalieren durch die Fußgängerzone!?

Dazu zunächst einmal eine interessante Information: Die parallele Aktion der Nazis in Ettlingen bei Karlsruhe, die zusammen mit der Augsburger Aktion Süddeutschland abdecken sollte, wurde von der Stadt Ettlingen verboten. Das Verbot wurde vom baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshof in Mannheim bestätigt, nachdem das Karlsruher Verwaltungsgericht die Nazi-Demonstration zunächst mit Auflagen genehmigen wollte. Die Nazis wichen auf mehrere „Spontandemos“ aus mit jeweils ein paar dutzend Leuten in Baden-Baden, im Regierungsbezirk Karlsruhe und in der Pfalz. Die Nazis drohten der Stadt Ettlingen, falls sie in Zukunft wieder ein Verbot aussprechen sollte. ¹⁵ Das *Ettlinger Bündnis gegen Rassismus und Neonazis* sah im Demonstrationsaufruf der Nazis zu Recht Tatbestände mit strafrechtlicher Relevanz. Das Verbot ist ein großer Erfolg des Ettlinger Bündnisses, das für den 2. Dezember unter dem Motto „Ohne Nazis und Rassisten leben, in Ettlingen und anderswo!“ zu einer Kundgebung in der Stadt aufrief. ¹⁶ Die von den Nazis in Augsburg auf 50 hochgejubelte Zahl von „Kameraden aus Baden-Württemberg“, die gegen 15 Uhr noch am Stadttheater eintrafen, waren also Elemente aus Baden-Württemberg, die in Ettlingen nicht marschieren durften!

¹³ <http://www2.augsburg.de/index.php?id=7837&MP=5017-1855>

¹⁴ Als „der Sachlage nicht angemessen“ sei die Kritik, dass die NPD-Kundgebung im Rahmen eines Demonstrationszuges vor dem Theater stattfand. „Sowohl die Route des Aufmarsches als auch der Kundgebungsort wurden in enger Absprache mit der Polizei festgelegt“, so Kirchner. Dabei habe die Sicherheit an vorderster Stelle gestanden. Vorrangiges Ziel sei gewesen, die Nazis aus der Fußgängerzone zu verbannen. Deshalb sei in einem Abstimmungsgespräch zwischen Stadt, Polizei und Veranstalter der Platz vor dem Theater festgelegt worden. Ursprünglich wollte die NPD ihre Kundgebung auf dem Königsplatz abhalten. Der von Polizei und Ordnungsamt vorgeschlagene Kundgebungsort in den Grünanlagen bei der Stadtbücherei sei von der NPD strikt abgelehnt worden, mit der Drohung, ihre ursprüngliche Demonstrationsroute und den Königsplatz als Ort der Kundgebung vor dem Verwaltungsgericht einzuklagen. „Dies wollten wir auf jeden Fall verhindern“, so Kirchner. „Es wäre doch ein fatales Zeichen für diesen Tag gewesen, wenn die Nazis vor Gericht Recht bekommen und vom Bahnhof über die Halderstraße, vorbei an der Synagoge zum Königsplatz ziehen“, so Kirchner.

¹⁵ *Freier Widerstand*: „Die Stadt Ettlingen sollte sich also überlegen, ob ein Demoverbot das nächste mal das angemessene Mittel ist um die Präsenz des Nationalen Widerstands auf der Straße zu verhindern, denn das Demomotto kann geändert werden, aber es werden die gleichen Leute erscheinen.“ <http://www.freier-widerstand.net/index.php?id=1297>

¹⁶ <http://www.stattweb.de/baseportal/NewsDetail&db=News&Id=1150>

Ferner muss festgehalten werden: Pamphlete wie „Null Toleranz gegen kriminelle Tendenzen bei Polizei und Justiz! Stellt Euch Quer! – Skandalöse Übergriffe von Polizeibeamten in Augsburg“ finden sich immer noch auf Naziseiten¹⁷, obwohl solche Äußerungen u.W. verboten sind und dies auch zu den Auflagen bei dem Naziaufmarsch in Augsburg gehörte. Gegen das Motto der Nazi-Demonstration „Null Toleranz gegen kriminelle Tendenzen bei Polizei und Justiz“ fand die Stadt nichts juristisch handhabbares, lieber jammerte die Stadtprominenz auf dem Elias-Holl-Platz herum! Auch die freche, nachträgliche Berichterstattung der Nazis, die sogar stolz über das Absingen der verbotenen dritten Strophe des Deutschlandliedes berichtet, führt bis heute – bald vierzehn Tage nach dem Aufmarsch – zu keiner Strafverfolgung.¹⁸



Wengert begründete am Rande der Kundgebung am Elias-Holl-Platz in einem Interview mit TV-Augsburg seine Forderung nach einem NPD-Verbot: „Es geht hier weniger darum, dass vielleicht keine Demonstrationen auf der Straße stattfinden, sondern es

geht um die ganz brutale Gehirnwäsche, die die braunen Rechtsradikalen hier vor allem mit jungen Leuten vornehmen, wie sie sie infiltrieren. Und dem kann nur begegnet werden durch eine Verbot.“

Damit brachte Wengert seine Geringschätzung des aktiven Widerstands („Demonstrationen“) schon recht deutlich zum Ausdruck. Insofern hat seine Forderung nach einem neuen NPD-Verbotsverfahren auch eine unschöne Alibi-Funktion und nährt die gefährliche Illusion, mit einem NPD-Verbot wäre alles Weitere geregelt. Mit einem NPD-Verbot wären aber die 8,1 Prozent der Bayern, die den Nationalsozialismus befürworten, nicht beseitigt. Auch die 10,6 Prozent Befürworter einer Diktatur und die 42,4 Prozent Ausländerfeinde in Bayern hätten wir immer noch am Hals.

Wengert sagte bei TV-Augsburg weiter: „Die Botschaft ist ganz eindeutig: Nie wieder darf es möglich sein in diesem Land, dass Rechtsradikale auch nur irgendwo irgendetwas zu sagen haben. Dieses braune Gedankengut muss ein für alle mal aus unserem Land verschwinden.“

¹⁷ <http://forum.wikingerversand.de/showthread.php?t=6642>

¹⁸ Die Nazi-Webseite berichtet: „Am Ende der Kundgebung erklang aus fast 200 Kehlen das Lied der Deutschen in allen drei Strophen. Das Stadttheater hatte endlich mal wieder einen würdigen Rahmen.“ <http://www.demonstrationsaugsburg.tk/>

Das ist die Botschaft, dass für Rechtsextreme wie NPD, DVU, wie immer sie sich auch nennen, in dieser Stadt kein Platz ist.“

Diese Aussage Wengerts klingt recht wortradikal, ignoriert und verfälscht aber die tatsächliche Rolle, die die Nazis bereits wieder spielen in Politik und Gesellschaft. Insofern ist diese Aussage Wengerts gefährlich und unernst zugleich.

Auch was die eigene Stadt betrifft, war diese Aussage Wengerts offensichtlich nicht sehr ernst gemeint. Denn der Verfolgungswille des Ordnungsreferenten war – wie gezeigt – nicht sehr ausgeprägt und die lange Kundgebung hinter dem Rathaus, die sich bis 15 Uhr hinzog, diente leider *auch* dazu, die Teilnehmer von direkten Aktionen gegen die Nazis abzuhalten, ja sie mobilisierte direkt weg von dem genau zeitgleich stattfindenden Aufmarsch der Nazis. Diese Taktik der Stadt und des „Bündnisses“ für Menschenwürde ist natürlich auch ein Eingeständnis, dass ihnen *unterhalb* der Schwelle eines NPD-Verbots so gut wie nichts einfällt, denn hier müssten sie ja selbst handeln. Und die Scheu von Regenbogen, gegen Reaktion, Faschismus und Krieg eigeninitiativ zu werden, ist groß – man könnte es sich ja mit konservativen und rechten Kreisen verderben.

Dabei ist es juristisch nicht einfach für eine Kommune, Naziaktivitäten zu unterbinden. Der Gesetzgeber läßt hier keinen großen Spielraum, denn es geht um hochsensible Rechtsgüter wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Andererseits betreiben konservative und rechte sozialdemokratische Kreise ein übles Spiel mit dem Bedürfnis von Kommunen, mit Naziaufmärschen besser fertig zu werden.

So war die letzte Gesetzesänderung des Versammlungsrechts im Jahr 2005 im Bundestag, die den Kommunen Gedenkorte in Aussicht stellte, an denen wegen der Würde der Opfer des Nationalsozialismus rechte Aufmärsche von vornherein verboten werden können, eher ein Flop. In fünf Bundesländern wurden bisher ganze acht Gedenkorte (in der Regel KZs) festgelegt, in Bayern bisher gar keine, nicht mal Dachau und Flossenbürg. Eine allgemeine Verschärfung des Versammlungsrechts, die sich nicht nur gegen Rechtsextreme richtete, konnte letztes Jahr gerade noch abgeboten werden.

Auf Basis der Föderalismusreform, die den Ländern jetzt das Versammlungsrecht anvertraut, ist das bayerische Innenministerium zurzeit insgeheim tätig. In welche Richtung Beckstein tendiert, geht aus einer Rede Becksteins bei der Debatte über die Verschärfung des Versammlungsrechts vergangenes Jahr im Deutschen Bundestag hervor.¹⁹ Er will den „Extremismus insgesamt“, also auch den sogenannten Linksextremismus aufs Korn nehmen. Wir müssen Anfang nächsten Jahres mit einem Entwurf des bayerischen Ministerrats rechnen, der dann in die Verbandsanhörung geht. Hier ist dann auch die Augsburgische Kommune gefragt und – u.E. politisch gefordert. Man muss hoffen und fordern, dass diese Verbandsanhörung

¹⁹ „Insgesamt geht diese Verschärfung des Versammlungsrechts in die richtige Richtung. Deswegen stimmen wir zu. Wir müssen uns mit dem Rechtsextremismus massiv auseinandersetzen. Derzeit läuft in München der Prozess gegen die „Kameradschaft Süd“ und Herrn Wiese. Ich füge hinzu: Deren Straftaten konnten, so die Polizei, nur durch Maßnahmen des großen Lauschangriffs, die heute nicht mehr zulässig wären, verhindert werden.

(Hartmut Koschik [CDU/CSU]: So ist es!)

Wir haben hier ganz bewusst Maßnahmen des großen Lauschangriffs eingesetzt. Nur dadurch konnten diese Straftaten verhindert werden.

Wir brauchen die Auseinandersetzung mit den Rechtsextremisten. Allerdings ist eine Auseinandersetzung mit dem Extremismus insgesamt notwendig; denn Rechtsextremismus und Linksextremismus sind oft nah beieinander. Die Person des Herrn Mahler führt das eindrucksvoll vor. In dieser Auseinandersetzung ist das vorliegende Gesetz ein Baustein. Aber selbstverständlich brauchen wir darüber hinaus weitere Maßnahmen, die wir gemeinsam auf den Weg bringen werden.

*Aus der Rede Becksteins bei der Debatte über die Verschärfung des Versammlungsrechts vergangenes Jahr
Deutscher Bundestag – 15. Wahlperiode – 164. Sitzung. Berlin, Freitag, den 11. März 2005*

nicht hinter den Kulissen abläuft, sondern dass die Stadt ein offenes, demokratisches Verfahren einschlägt.

Man muss also wachsam sein. Das gilt auch für die Bestrebungen bei einem neuen NPD-Verbotsverfahren. Erst vor wenigen Tagen musste die Abgeordnete der Linksfraktion im Bundestag Petra Pau als Mitglied im Innenausschuss erklären: „Die SPD will das Verfassungsgerichtsgesetz ändern, um ein NPD-Verbot zu erleichtern. Der SPD-Vorstoß ist abenteuerlich. Die Hürden für Parteiverbote liegen aus guten und historischen Gründen bewusst hoch. Wer sie für eine Lex NPD senkt, senkt sie generell.“²⁰

Zu erwähnen wäre aber auch, dass es durchaus positive Ansätze und Entwicklungen auf diesem Gebiet gab und gibt. So zum Beispiel der beachtliche Versuch der PDS im Bundestag 2001, eine antifaschistische Klausel im Grundgesetz zu verankern, der leider z.B. von den Grünen vehement abgelehnt wurde.²¹ Aktuell zu vermerken ist der hochinteressante Vorgang, dass SPD und PDS im Land Brandenburg nicht nur das Versammlungsrecht ändern wollen, sondern dies durch eine antifaschistische Verfassungsklausel absichern wollen. In der Landesverfassung soll nach österreichischem Vorbild jedwede „nationalsozialistische Wiederbetätigung“ verboten werden...²²

Trotz der komplizierten und tückischen juristischen Lage – für die ja eigentlich Abgeordnete wie Linus Förster und Heinz Paula zuständig wären – hat die Kommune eine ganze Reihe v.a. politischer und kultureller Möglichkeiten, die das Forum und die VVN schon vor einem Jahr erläuterten.²³ Zurzeit verspielt die Stadt ihre politischen Möglichkeiten regelmäßig – immer wenn sie gegen Rechts gefordert ist. Zuletzt bei der EADS-Jubiläumsfeier im Rathaus, wo der OB selbst beteiligt war an der Verhöhnung der Opfer der Zwangsarbeit in der faschistischen Rüstungsindustrie. Aber auch die Aussagen des Geschäftsführers der Augsburgischer Gesellschaft für Stadtentwicklung und Immobilienbetreuung, Edgar Mathe, zum KZ-Gedenkort Halle 116 lassen nichts Gutes ahnen.²⁴ Und Wengert frönt schon wieder der Mannschaft der Fregatte Augsburg mit einer für Städtepatenschaften unüblichen Intensität. Eine große Delegation der Fregatte Augsburg, die sich am Horn von Afrika immer offener im Kriegszustand befindet, besucht zurzeit ihren „Heimathafen“, wie sie Augsburg liebevoll nennen.

²⁰ 12.12.2006

Pressemitteilung von Petra Pau

NPD-Verbot: V-Leute abschalten anstatt Gerichtsgesetz ändern

Die SPD will das Verfassungsgerichtsgesetz ändern, um ein NPD-Verbot zu erleichtern. Dazu erklärt Petra Pau, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. und Mitglied im Innenausschuss:

Der SPD-Vorstoß ist abenteuerlich. Die Hürden für Parteiverbote liegen aus guten und historischen Gründen bewusst hoch. Wer sie für eine Lex NPD senkt, senkt sie generell.

Das erste Verbotsverfahren gegen die NPD ist zudem nicht am Bundesverfassungsgericht gescheitert, sondern an der V-Leute-Praxis der Innenminister. An ihr hat sich bis heute nichts geändert. Deshalb wäre es sinnvoller, die V-Leute in der NPD abzuschalten, um so ein reguläres Verbotsverfahren überhaupt zu ermöglichen.

Die NPD ist eine verfassungswidrige Partei. Das weiß man aber auch ohne V-Leute. Sie sind nicht nur überfällig, sondern obendrein ein rechtliches Hemmnis.

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1206606575>

²¹ <http://dip.bundestag.de/btd/14/051/1405127.pdf>

²² http://www.tag-der-demokraten.de/index.php/cat/6/aid/14/title/SPD-Idee:_Verfassung_aendern_um_Nazimaersche_zu_verhindern

<http://www1.pds-brandenburg.de/web/ticker/2006/10/>

²³ s. unser Positionspapier „Kommune gegen Rechts“ http://www.forumaugsburg.de/s_2kommunal/Gegenrechts/051110_kommune-gegen-rechts/index.htm

²⁴ „Nicht so recht begeistert für das Projekt kann sich der Entwicklungsträger, die Stadt Augsburg. Denn eine KZ-Gedenkstätte direkt an der Einfahrt könnte das zukünftige Gewerbegebiet stigmatisieren.“ O-Ton Bayerisches Fernsehen 19.11.2006 in einem Report über die Halle 116 auf dem Sheridan-Gelände

Militaristen von der Fregatte, Rüstungskonzerne wie EADS, Revanchisten wie die Sudetendeutsche Landsmannschaft und auch die Nazis scheinen Augsburg immer mehr schätzen zu lernen. Wuttke will am 24. Februar 2007 wiederkommen um der deutschen Bombenopfer zu gedenken. Eine politische Gegenstrategie von Rot-Grün ist nicht zu erkennen!